

Gesetz über den Erwerb und den Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts (Bürgerrechtsgesetz, BRG)

vom 17. Mai 1992 (Stand 1. September 2023)

Das Volk des Kantons Obwalden erlässt,

in Ausführung von Artikel 38 Absatz 2 der Bundesverfassung vom 18. April 1999¹⁾ und des Bundesgesetzes über das Schweizer Bürgerrecht vom 20. Juni 2014²⁾, sowie gestützt auf Artikel 16 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968³⁾, *

als Gesetz:

1. Allgemeines

Art. 1 Geltungsbereich

¹ Für den Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts von Gesetzes wegen, für die Wiedereinbürgerung und die erleichterte Einbürgerung ist ausschliesslich das Bundesrecht massgebend.

² Die ordentliche Einbürgerung richtet sich nach den Bestimmungen dieses Gesetzes und seiner Ausführungserlasse. Soweit diese keine Bestimmung enthalten, gilt sinngemäss das Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (BüG)⁴⁾ sowie seine Ausführungserlasse (nachfolgend Bundesrecht genannt). *

^{2a} Wo sich das Bundesrecht auf die schweizerischen Verhältnisse bezieht, sind auch die kantonalen und kommunalen Verhältnisse gemeint. *

³ Die Voraussetzungen und das Verfahren für den Erwerb und den Verlust des Gemeindebürgerrechts, soweit das Kantonsbürgerrecht davon nicht betroffen ist, regelt die Gemeinde.

¹⁾ SR 101

²⁾ SR 141.0

³⁾ GDB 101.0

⁴⁾ SR 141.0

Art. 1a * Einbürgerungsorgane

¹ Als kantonales Einbürgerungsorgan amtiert eine Einbürgerungskommission.

² Das kommunale Einbürgerungsorgan bestimmt sich nach Art. 98 und Art. 99 der Kantonsverfassung.

Art. 2 Begriffe

¹ Personenbezeichnungen in diesem Gesetz und den darauf abgestützten Erlassen gelten für Personen beider Geschlechter.

² Der Begriff Gemeinde bezeichnet in diesem Gesetz und den darauf abgestützten Erlassen die für das Bürgerrecht zuständige Gemeinde.

2. Erwerb des Kantons- und Gemeindebürgerrechts**Art. 3 Grundsatz**

¹ Die Einbürgerung nach diesem Gesetz verleiht alle Rechte und Pflichten eines Kantons- und Gemeindebürgers, jedoch kein Bürger- und Nutzungsrecht der Korporationen oder Teilsamen und Alpgenossenschaften, wenn dies nicht nach dem Recht der betreffenden Korporation oder Teilsamen der Fall ist.

Art. 4 Bürgerrechte *

¹ Nichtkantonsbürger können das Kantons- und Gemeindebürgerrecht nur gemeinsam erwerben.

² Voraussetzung für die Erteilung des Kantonsbürgerrechts ist die Zusicherung eines Gemeindebürgerrechts.

³ Die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts erlischt, wenn nicht innert drei Jahren das Kantonsbürgerrecht erteilt wird. *

Art. 4a * Erwerb

¹ Einbürgerungsgesuche sind bei der Gemeinde des Wohnsitzes einzureichen.

² Hat das kommunale Einbürgerungsorgan das Gemeindebürgerrecht zugesichert, ist das Gesuch dem Kanton zur Erteilung des Kantonsbürgerrechts weiterzuleiten.

³ Kann das Kantonsbürgerrecht einem Ausländer zugesichert werden, ist das Gesuch den Bundesbehörden zur Erteilung der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung weiterzuleiten. Andernfalls hat das kantonale Einbürgerungsorgan direkt über das Gesuch zu befinden.

⁴ Mit dem kantonalen Einbürgerungsentscheid werden alle betroffenen Bürgerrechte erworben.

⁵ Wird das Kantonsbürgerrecht nicht erteilt, so fällt die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts dahin.

Art. 5 *Aufenthalt und Wohnsitz **

¹ Ausländer müssen unmittelbar vor Gesuchseinreichung einen mindestens fünfjährigen ununterbrochenen Aufenthalt im Kanton und in der gleichen Gemeinde aufweisen. Es gelten die Aufenthaltserfordernisse des Bundesrechts. *

² Die Erleichterungen gemäss Art. 10 BÜG gelten ebenfalls. *

³ Schweizerbürger müssen unmittelbar vor Gesuchseinreichung einen mindestens dreijährigen ununterbrochenen Wohnsitz im Kanton und in der gleichen Gemeinde aufweisen. *

Art. 6 *Einbürgerungsvoraussetzungen **

¹ Für Ausländer gelten die Einbürgerungsvoraussetzungen des Bundesrechts, soweit dieses Gesetz oder seine Ausführungserlasse keine abweichende Regelung enthalten. *

² Für Schweizerbürger gelten die Einbürgerungsvoraussetzungen von Art. 11 Bst. c und Art. 12 Abs. 1 Bst. b und e BÜG nicht. *

Art. 6a * *Kantonale Voraussetzungen*

¹ Die Sprachkompetenzen sind in deutscher Sprache nachzuweisen.

² Der Bewerber hat sich über folgende staatsbürgerliche Grundkenntnisse der Schweiz, des Kantons und der Gemeinde auszuweisen:

- a. Kenntnisse über das Einbürgerungsverfahren;
- b. allgemeine Rechte und Pflichten, insbesondere jene, die aus dem Bürgerrecht fließen;
- c. Aufbau und Inhalt des Staats- und Gemeinwesens;
- d. geographische und historische Verhältnisse;
- e. politische Verhältnisse;

- f. gesellschaftliche Verhältnisse, insbesondere Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche.

Art. 7 *Eignungsprüfung **

¹ Vor der Erteilung des Bürgerrechts ist zu prüfen, ob der Bewerber zur Einbürgerung geeignet ist. *

² Die Sprachkompetenzen sowie die staatsbürgerlichen Grundkenntnisse sind bei Ausländern durch eine Prüfung nachzuweisen. *

³ Die Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse richtet sich nach dem Bundesrecht. *

Art. 8 * *Eidgenössische Einbürgerungsbewilligung*

¹ Ausländer müssen für den kantonalen Einbürgerungsentscheid im Besitz der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung sein. *

Art. 9 *Einbezug der Kinder*

¹ In die Einbürgerung werden in der Regel die minderjährigen Kinder des Bewerbers einbezogen, wenn sie mit diesem zusammenleben. Es gilt Art. 30 BÜG. *

Art. 10 *Gesuchseinreichung durch Minderjährige **

¹ Minderjährige können das Gesuch um Einbürgerung nur durch ihren gesetzlichen Vertreter einreichen. *

² Ab dem Alter von 16 Jahren haben Bewerber zudem ihren eigenen Willen auf Erwerb des Kantons- und Gemeindebürgerrechts schriftlich zu erklären. *

Art. 11 * ...

3. Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts

Art. 12 * ...

Art. 13 *Entlassung*

¹ Ein Kantonsbürger wird auf Begehren aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht entlassen, wenn er im Kanton keinen Wohnsitz hat und ein anderes Staats- oder Kantonsbürgerrecht besitzt oder ihm ein solches zugesichert ist.

² Die Entlassung aus dem Kantonsbürgerrecht zieht den Verlust des Gemeindebürgerrechts nach sich.

Art. 14 *Einbezug der Kinder*

¹ In die Entlassung werden die minderjährigen, unter der elterlichen Sorge des Entlassenen stehenden Kinder einbezogen; minderjährige Kinder über 16 Jahren jedoch nur, wenn sie schriftlich zustimmen. *

² Sie dürfen ebenfalls im Kanton keinen Wohnsitz haben und müssen ein anderes Staats- oder Kantonsbürgerrecht besitzen, oder es muss ihnen ein solches zugesichert sein.

Art. 15 *Gesuchseinreichung durch Minderjährige **

¹ Für die Entlassung Minderjähriger aus dem Bürgerrecht gilt Art. 10 dieses Gesetzes sinngemäss. *

Art. 16 *Nichtigerklärung*

¹ Die Einbürgerung kann von der kantonalen Einbürgerungskommission nichtig erklärt werden, wenn sie durch falsche Angaben oder Verheimlichung erheblicher Tatsachen erschlichen worden ist. *

² Für die Voraussetzungen und den Umfang der Nichtigerklärung gilt das Bundesrecht. *

³ Die entrichtete Gebühr für das Einbürgerungsverfahren wird nach der Nichtigerklärung nicht zurückerstattet. *

4. Verfahren**Art. 17 *** ...

Art. 17a * *Anwendbares Recht*

¹ Unter Vorbehalt besonderer Bestimmungen des kantonalen Rechts und des Bundesrechts ist auf alle Verfahren in Zusammenhang mit dem Bürgerrecht das kantonale Verwaltungsverfahrenswesen anwendbar.

Art. 17b * *Bearbeitung von Personendaten*

¹ Die kantonalen und kommunalen Behörden können zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss der eidgenössischen und kantonalen Bürgerrechtsgesetzgebung Personendaten bearbeiten, einschliesslich der Daten, welche die Beurteilung der Eignungsvoraussetzungen des Bewerbers erlauben, und der besonders schützenswerten Daten über die religiösen Ansichten, die politischen Tätigkeiten, die Gesundheit, über Massnahmen der sozialen Hilfe und über administrative oder strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen. *

Art. 17c * *Amtshilfe*

¹ Für die Amtshilfe gilt Art. 45 BÜG. Die Behörden, Anstalten und Werke des Kantons und der Gemeinden sind in Einzelfällen auf begründetes und schriftliches Gesuch hin verpflichtet, den mit dem Vollzug dieses Gesetzes betrauten kommunalen und kantonalen Behörden alle Daten bekannt zu geben, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind. *

Art. 18 *Akteneinsichtsrecht*

¹ Der Gesuchsteller hat in jedem Verfahrensstadium Anspruch auf Akteneinsicht bei der jeweils zuständigen Behörde. *

Art. 18a * *Rechtsmittel*

¹ Gegen den Beschluss des kommunalen Einbürgerungsorgans kann die gesuchstellende Person innert 20 Tagen seit Eröffnung schriftlich und begründet beim Regierungsrat Beschwerde erheben.

² Für Beschwerden wegen Verletzung des Stimmrechts oder wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung der Gemeindeversammlung gilt Art. 54 ff. des Abstimmungsgesetzes⁵⁾.

⁵⁾ GDB 122.1

5. Gebühren *

Art. 19 * *Kantonale Gebühren*

¹ Wer einen Entscheid oder eine Handlung nach diesem Gesetz veranlasst, muss eine Gebühr bezahlen.

Art. 20 * *Gebührenbemessung*

¹ Der Kantonsrat legt den Gebührenrahmen für das Einbürgerungsverfahren, das Entlassungsverfahren und das Verfahren der Nichtigkeitsklärung durch Verordnung fest.

² Die kantonalen Gebühren bemessen sich im Einzelnen nach den Bestimmungen des Allgemeinen Gebührengesetzes⁶⁾ und seinen Ausführungserlassen sowie der Verwaltungsverfahrensverordnung⁷⁾.

Art. 21 * *Inkasso*

¹ Die Gebühren werden in der Regel durch Kostenvorschüsse erhoben.

Art. 22 * ...

Art. 23 * *Kommunale Gebühren*

¹ Die Gemeinde setzt die kostendeckenden Gebühren für das Verfahren zum Erwerb des Gemeindebürgerrechts fest.

6. Altrechtliche Verhältnisse

Art. 24 *Grundsatz*

¹ Die Rechte der alten Landleute bleiben vorbehalten.

⁶⁾ GDB 643.1

⁷⁾ GDB 133.21

Art. 25 *Bestand*

¹ Der von der zuständigen Behörde des Kantons Nidwalden getroffene Entscheid betreffend die Entlassung aus dem Kantons- und Schweizerbürgerrecht und betreffend die Feststellung, ob eine Person das Kantons- und Schweizerbürgerrecht besitzt, gilt in bezug auf die alten Landleute auch für den Kanton Obwalden.

Art. 26 *Einbürgerung*

¹ Angehörige der alten Landleutegeschlechter, die sich im Kanton Obwalden einbürgern wollen, haben nach dem ordentlichen Verfahren die Zusicherung eines Gemeindebürgerrechts einzuholen.

² Für die Erteilung des Kantonsbürgerrechts genügt die Feststellung der kantonalen Einbürgerungskommission, dass der Gesuchsteller Angehöriger eines alten Landleutegeschlechts und deshalb ohne weiteres Kantonsbürger ist. *

7. Ehrenbürgerrecht**Art. 27** *Grundsatz*

¹ Personen, die sich um das Gemeinwesen in besonderer Weise verdient gemacht haben, kann das Ehrenbürgerrecht verliehen werden.

² Die Verleihung des Ehrenbürgerrechts ist an keine weiteren Voraussetzungen, wie namentlich Wohnsitzerfordernisse, gebunden.

Art. 28 *Wirkungen*

¹ Die Verleihung des Ehrenbürgerrechts hat nicht die Wirkungen einer Einbürgerung.

² Das Ehrenbürgerrecht hat keine Auswirkungen auf das bisherige Bürgerrecht.

³ Das Ehrenbürgerrecht ist persönlich und unvererblich.

Art. 29 *Zuständigkeit*

¹ Für die Erteilung des Ehrenbürgerrechts des Kantons ist der Kantonsrat zuständig.

² Für die Erteilung des Ehrenbürgerrechts der Gemeinde ist die Gemeindeversammlung zuständig.

8. Schluss- und Übergangsbestimmungen

Art. 30 *Aufhebung bisherigen Rechts*

¹ Die diesem Gesetz widersprechenden Bestimmungen werden aufgehoben, insbesondere:

- a. das Gesetz über die Erwerbung des Kantonsbürgerrechts vom 10. Mai 1942⁸⁾;
- b. die Ausführungsbestimmungen zur Gesetzgebung über das Bürgerrecht vom 17. Januar 1953⁹⁾.

Art. 31 *Übergangsbestimmung*

¹ Für den Erwerb und den Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts ist das zum Zeitpunkt des Entscheids geltende Recht massgebend.

² Bei mehrstufigen Entscheiden ist auf den Zeitpunkt des Entscheids der letzten Instanz abzustellen.

Art. 31a * *Übergangsbestimmungen zum Nachtrag vom 27. Januar 2006*

¹ Obwaldner Kantons- und Gemeindebürgerrechte, welche vor dem Inkrafttreten des Nachtrags weggefallen sind, leben nach Aufhebung der Bestimmungen betreffend der Beschränkung des Mehrfachbürgerrechts nicht wieder auf.

² Für die Erhebung von Einkaufssummen ist in Abweichung von Art. 31 Abs. 2 dieses Gesetzes das zum Zeitpunkt des Entscheids geltende Recht massgebend.

³ Im Übrigen gilt Art. 31 dieses Gesetzes.

Art. 31b * *Übergangsbestimmungen zum Nachtrag vom 31. Mai 2017*

¹ Es gelten die Übergangsbestimmungen des Bundesrechts.

⁸⁾ OGS 1943, 103, OGS 1958, 166

⁹⁾ OGS 1958, 45, OGS 1986, 82

Art. 32 *Vollzugsvorschriften*

¹ Der Kantonsrat erlässt die erforderlichen Vollzugsvorschriften durch Verordnung. Er regelt insbesondere die Zuständigkeiten, welche gestützt auf das Bundesrecht erforderlich sind, sowie das Verfahren. *

Art. 33 *Inkrafttreten*

¹ Dieses Gesetz tritt mit der Annahme durch das Volk in Kraft.¹⁰⁾

Informationen zum Erlass

Ursprüngliche Fundstelle: OGS 1993, 30

geändert durch:

- *Nachtrag vom 27. Januar 2006, in Kraft seit 1. April 2006 (OGS 2006, 5; dagegen wurde das Referendum eingereicht [OGS 2006, 15], der Nachtrag wurde an der Volksabstimmung vom 21. Mai 2006 angenommen [OGS 2006, 45]),*

- *Anhang zum Nachtrag zum Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 3. Mai 2012, in Kraft seit 1. Januar 2013 (OGS 2012, 29 und 43),*

- *Nachtrag vom 31. Mai 2017 (OGS 2017, 32), Botschaft und Vorlage des Regierungsrats vom 10. Januar 2017, Kantonsratssitzungen vom 24. März und 31. Mai 2017 (22.17.01), Berichtigung (Referendumsfrist) vom 14. Juni 2017 (OGS 2017, 37), in Kraft seit 1. Januar 2018,*

Geändert durch:

- *Nachtrag zum Gesetz über den Datenschutz vom 30. Juni 2023 (OGS 2023, 21), Botschaft und Vorlage des Regierungsrats vom 27. März 2023, Kantonsratssitzungen vom 25. Mai und 30. Juni 2023 (22.23.01), in Kraft seit 1. September 2023 (OGS 2023, 26)*

¹⁰⁾ In Kraft seit 17. Mai 1992

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle
17.05.1992	17.05.1992	Erlass	Erstfassung	OGS 1993, 30
27.01.2006	01.04.2006	Art. 8	totalrevidiert	OGS 2006, 5
27.01.2006	01.04.2006	Art. 11	aufgehoben	OGS 2006, 5
27.01.2006	01.04.2006	Art. 12	aufgehoben	OGS 2006, 5
27.01.2006	01.04.2006	Art. 16 Abs. 3	geändert	OGS 2006, 5
27.01.2006	01.04.2006	Art. 17	aufgehoben	OGS 2006, 5
27.01.2006	01.04.2006	Titel 5.	geändert	OGS 2006, 5
27.01.2006	01.04.2006	Art. 19	totalrevidiert	OGS 2006, 5
27.01.2006	01.04.2006	Art. 20	totalrevidiert	OGS 2006, 5
27.01.2006	01.04.2006	Art. 21	totalrevidiert	OGS 2006, 5
27.01.2006	01.04.2006	Art. 22	aufgehoben	OGS 2006, 5
27.01.2006	01.04.2006	Art. 23	totalrevidiert	OGS 2006, 5
27.01.2006	01.04.2006	Art. 31a	eingefügt	OGS 2006, 5
03.05.2012	01.01.2013	Art. 9 Abs. 1	geändert	OGS 2012, 29
03.05.2012	01.01.2013	Art. 10	Titel geändert	OGS 2012, 29
03.05.2012	01.01.2013	Art. 10 Abs. 1	geändert	OGS 2012, 29
03.05.2012	01.01.2013	Art. 14 Abs. 1	geändert	OGS 2012, 29
03.05.2012	01.01.2013	Art. 15	Titel geändert	OGS 2012, 29
03.05.2012	01.01.2013	Art. 15 Abs. 1	geändert	OGS 2012, 29
31.05.2017	01.01.2018	Ingress	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 1 Abs. 2	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 1 Abs. 2a	eingefügt	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 1a	eingefügt	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 4	Titel geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 4 Abs. 3	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 4a	eingefügt	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 5	Titel geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 5 Abs. 1	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 5 Abs. 2	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 5 Abs. 3	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 6	Titel geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 6 Abs. 1	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 6 Abs. 2	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 6a	eingefügt	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 7	Titel geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 7 Abs. 1	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 7 Abs. 2	eingefügt	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 7 Abs. 3	eingefügt	OGS 2017, 32

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle
31.05.2017	01.01.2018	Art. 8 Abs. 1	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 9 Abs. 1	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 10 Abs. 1	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 10 Abs. 2	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 14 Abs. 1	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 16 Abs. 1	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 16 Abs. 2	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 17a	eingefügt	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 17b	eingefügt	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 17c	eingefügt	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 18 Abs. 1	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 18a	eingefügt	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 26 Abs. 2	geändert	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 31b	eingefügt	OGS 2017, 32
31.05.2017	01.01.2018	Art. 32 Abs. 1	geändert	OGS 2017, 32
30.06.2023	01.09.2023	Art. 17b Abs. 1	geändert	OGS 2023, 21
30.06.2023	01.09.2023	Art. 17c Abs. 1	geändert	OGS 2023, 21

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle
Erlass	17.05.1992	17.05.1992	Erstfassung	OGS 1993, 30
Ingress	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 1 Abs. 2	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 1 Abs. 2a	31.05.2017	01.01.2018	eingefügt	OGS 2017, 32
Art. 1a	31.05.2017	01.01.2018	eingefügt	OGS 2017, 32
Art. 4	31.05.2017	01.01.2018	Titel geändert	OGS 2017, 32
Art. 4 Abs. 3	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 4a	31.05.2017	01.01.2018	eingefügt	OGS 2017, 32
Art. 5	31.05.2017	01.01.2018	Titel geändert	OGS 2017, 32
Art. 5 Abs. 1	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 5 Abs. 2	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 5 Abs. 3	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 6	31.05.2017	01.01.2018	Titel geändert	OGS 2017, 32
Art. 6 Abs. 1	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 6 Abs. 2	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 6a	31.05.2017	01.01.2018	eingefügt	OGS 2017, 32
Art. 7	31.05.2017	01.01.2018	Titel geändert	OGS 2017, 32
Art. 7 Abs. 1	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 7 Abs. 2	31.05.2017	01.01.2018	eingefügt	OGS 2017, 32
Art. 7 Abs. 3	31.05.2017	01.01.2018	eingefügt	OGS 2017, 32
Art. 8	27.01.2006	01.04.2006	totalrevidiert	OGS 2006, 5
Art. 8 Abs. 1	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 9 Abs. 1	03.05.2012	01.01.2013	geändert	OGS 2012, 29
Art. 9 Abs. 1	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 10	03.05.2012	01.01.2013	Titel geändert	OGS 2012, 29
Art. 10 Abs. 1	03.05.2012	01.01.2013	geändert	OGS 2012, 29
Art. 10 Abs. 1	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 10 Abs. 2	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 11	27.01.2006	01.04.2006	aufgehoben	OGS 2006, 5
Art. 12	27.01.2006	01.04.2006	aufgehoben	OGS 2006, 5
Art. 14 Abs. 1	03.05.2012	01.01.2013	geändert	OGS 2012, 29
Art. 14 Abs. 1	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 15	03.05.2012	01.01.2013	Titel geändert	OGS 2012, 29
Art. 15 Abs. 1	03.05.2012	01.01.2013	geändert	OGS 2012, 29
Art. 16 Abs. 1	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 16 Abs. 2	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 16 Abs. 3	27.01.2006	01.04.2006	geändert	OGS 2006, 5
Art. 17	27.01.2006	01.04.2006	aufgehoben	OGS 2006, 5

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle
Art. 17a	31.05.2017	01.01.2018	eingefügt	OGS 2017, 32
Art. 17b	31.05.2017	01.01.2018	eingefügt	OGS 2017, 32
Art. 17b Abs. 1	30.06.2023	01.09.2023	geändert	OGS 2023, 21
Art. 17c	31.05.2017	01.01.2018	eingefügt	OGS 2017, 32
Art. 17c Abs. 1	30.06.2023	01.09.2023	geändert	OGS 2023, 21
Art. 18 Abs. 1	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 18a	31.05.2017	01.01.2018	eingefügt	OGS 2017, 32
Titel 5.	27.01.2006	01.04.2006	geändert	OGS 2006, 5
Art. 19	27.01.2006	01.04.2006	totalrevidiert	OGS 2006, 5
Art. 20	27.01.2006	01.04.2006	totalrevidiert	OGS 2006, 5
Art. 21	27.01.2006	01.04.2006	totalrevidiert	OGS 2006, 5
Art. 22	27.01.2006	01.04.2006	aufgehoben	OGS 2006, 5
Art. 23	27.01.2006	01.04.2006	totalrevidiert	OGS 2006, 5
Art. 26 Abs. 2	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32
Art. 31a	27.01.2006	01.04.2006	eingefügt	OGS 2006, 5
Art. 31b	31.05.2017	01.01.2018	eingefügt	OGS 2017, 32
Art. 32 Abs. 1	31.05.2017	01.01.2018	geändert	OGS 2017, 32